

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 14. Juli 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Bogen 1,20 Goldmark. Postbezugspreis für Monat Juli 1,20 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 50 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Obergrenze 10 Pfg. Klausurbeiträge gegen Vorauszahlung.

Verleger: Nachrichten Dresden. Druckerei: Gemeinnutzdruckerei: 25 241. Nur für Nachgelieferter: 20 011.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden. Postfach - Konto 1068 Dresden.

Beantwortung der deutschen Kontrollnote.

Widerlegung der „Irrtümer“ und Anerkennung des „guten Willens“ Deutschlands.

Ministerpräsident Seid gibt das Programm der bayrischen Regierung bekannt. — Wieder 32 Millionen Besatzungskosten bezahlt.

Zusammentritt des Vollschafterrats am Freitag

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Rotterdam, 2. Juli. Die Londoner „Daily News“ erfahren, daß die Alliierten auch die neue deutsche Note beunruhigen wollen, um die deutschen „Irrtümer“ zu widerlegen und gleichzeitig die Anerkennung zum Ausdruck zu bringen für den bekundeten „guten Willen“ Deutschlands. Den „Times“ zufolge wird sich der Vollschafterrat in Paris am kommenden Freitag mit der deutschen Entwaffnungsnote offiziell befassen.

Deutschlands Entgegenkommen angeblich ungenügend

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Genf, 2. Juli. „Temp“ und „Matin“ behaupten, daß die deutsche Antwortnote vom alliierten Militärkomitee für nicht genügend angesehen wird, da sie nicht die vorbestimmte Annahme der Forderungen ausgedrückt habe. Der „Matin“ beruft sich auf Äußerungen des Kriegsministers Klotz und des Marschalls Foch. Auch der Kommandeur der Hausverwaltung umgibt die Frage, ob die Note den Ansprüchen der Alliierten Genüge leistet.

Berücksichtigung der Kontrolldifferenzen mit der Entente.

Die Vollschafter bestehen auf Durchführung der fünf Punkte.

London, 2. Juli. Der Pariser Berichterstatter des Reuters-Bureaus meldet: Der allgemeine durch die deutsche Note in den zirkulierenden alliierten Kreisen erzeugte Eindruck sei keineswegs ungünstig. Man sei der Ansicht, die Hauptsache sei, daß Deutschland die alliierte Untersuchung annehme. Die Frage des Zeitpunktes, an dem die Untersuchungen enden solle, werde kaum Schwierigkeiten bereiten. Die Alliierten würden während der im Gebotenen auszuweisen, einen besonderen Zeitpunkt festzulegen, wahrscheinlich versprechen, ihre Untersuchung zum baldigsten, mit der Grundlichkeit der Durchführung verträglichsten Zeitpunkt, zu beenden.

Erzürtere Hindernisse seien erkend die Nichterwähnung der fünf Punkte, die, wie die Vollschafter erklären, durchzuführen werden müßten, bevor die Kontrolle auf den Vollschafter übergeben, während die Durchführung einer vorbereiteten Vereinbarung über die Art der Untersuchung.

Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß die Vollschafter ihre Forderungen bezüglich der fünf Punkte aufgeben würden. Ebenso würden sie zweifellos mehr über die vorbereitete Vereinbarung wissen wollen, die keine Beschränkung einer vollen Ausführung des Rechtes der Durchführung bedeuten dürfte.

Castelnau spricht sich für mehrjährige Kontrolle Deutschlands aus.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Genf, 2. Juli. Das Pariser „Journal“ meldet: Der alliierte Militärkomitee ist für Mittwoch nach Versailles eingeladen. Marschall Foch ist telegraphisch aus seinem Erholungsurlaub

nach Paris zum Kriegsminister berufen worden. General Castelnau hat sich zu dem „Journal“-Vertreter über den Inhalt der deutschen Zustimmungsnote dahin geäußert, daß nur eine mehrjährige und ununterbrochene Kontrolle Deutschlands Frankreich die Sicherheit vor einem neuen Ueberfall gebe, denn die deutsche chemische Industrie sei noch heute die erste der Welt und würde den nächsten Krieg entscheiden.

Die Ruhrbesetzung bleibt bestehen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Genf, 2. Juli. „Echo de Paris“, „Matin“ und „Journal“ melden, daß der Ministerrat am Sonnabend beschlossen habe, vorläufig keine Zurücknahme der französischen Besetzungen an der Ruhr zu erörtern. Die Sicherheitsfrage für Frankreich, so schreibt das „Journal“, sei unabhängig von den rein menschlichen Entschleungen des Rabinetts hinsichtlich der Rückkehr der Ausgewiesenen und Verurteilten.

Rolle Schweiz über die Dauer der Ruhrbesetzung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Genf, 2. Juli. Das Pariser „Journal“ meldet: Die von der Kammer angenommenen Ruhrrechte sind für die militärischen Maßnahmen bis Ende dieses Jahres bestimmt. Unter Berufung auf die Rechte der Kriegsminister in der geänderten Kammerführung Erklärungen auf eine Anfrage Renaudels nach der Dauer der militärischen Ruhrbesetzung ab.

Ein unbilliges Verlangen der Rheinlandkommission.

Frankfurt, 2. Juli. Wie die Oberpostdirektion mitteilt, stellte die Interalliierte Rheinlandkommission das Verlangen, daß die im besetzten Gebiete liegenden Teile der Direktionsbezirke Frankfurt und Darmstadt der Oberpostdirektion Koblenz unterstellt würden. Gegen dieses Verlangen ist Einspruch erhoben worden. (W.T.B.)

Übermals 32 Millionen Besatzungskosten bezahlt.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Genf, 2. Juli. Wie der „Matin“ meldet, ist am 30. Juni eine neue deutsche Teilzahlung von 32 Millionen Goldmark für die Kosten der Besatzungsarmee an die Kriegskostenkommission geleistet worden.

Die Volkswirtschaft der Regie.

Duisburg, 2. Juli. Die Direktion der Niederländischen Eisenbahnen teilt hinsichtlich der Klagen über die Verzögerung im internationalen Güter- und Frachtkarverkehr, vornehmlich im Verkehr zwischen den Niederlanden und dem besetzten Deutschland mit, daß der Gütertransport nach und über Stationen der Regie zu wünschen übrig lasse. Wiederholt habe die Direktion der Niederländischen Eisenbahnen versucht, die Regie zu besserer Abwicklung des Verkehrs zu veranlassen, doch seien diese Bemühungen erfolglos geblieben.

Maginot Vorsitzender des Seeresauschusses

Die Wahl der Kammerauschüsse.

Paris, 2. Juli. Gestern nachmittags fanden in den Kammerauschüssen die Vorstandswahlen statt. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wählte den sozialistischen Abgeordneten Franklin Bouillon zum Vorsitzenden, der Seeresauschuss mit 21 gegen 18 Stimmen den ehemaligen Kriegsminister Maginot, der Finanzausschuss mit 32 gegen 16 Stimmen den sozialistischen Abgeordneten Vincent Auriant. (W.T.B.)

Erregung der Linken über Maginots Wahl.

Paris, 2. Juli. Im Mittelpunkt der Betrachtungen der politischen Kreise steht jetzt die Wahl des früheren Kriegsministers im Kabinett Poincaré, des Generals Maginot, zum Vorsitzenden des Seeresauschusses der Kammer und die unerwartete Niederlage des Kandidaten des linken Blocks Paul Boncour. Die Niederlage Boncourts ist lediglich dadurch möglich geworden, daß einerseits etwa sechs radikal-sozialistische Abgeordnete, die der Kommission angehören, sich der Wahl in ungenügender Zahl enthalten haben und andererseits eine Reihe anderer radikaler Abgeordneter, auf deren Stimmen Boncour hätte zählen können, der Sitzung ferngeblieben sind. Es ist nicht sicher zu erkennen, auf welche tatsächlichen Gründe die Stellungnahme derjenigen Linksabgeordneten zurückzuführen ist, die den gemeinsamen Kandidaten des linken Blocks fallen gelassen haben, zumal in sämtlichen übrigen Kommissionen die Kandidaten des linken Blocks in der vorgeschriebenen Weise durchgedrungen sind.

Erklärungen Poincarés.

Maginot sowie des Sekretärs des Seeresauschusses. Poincaré sagt: „Nicht radikale Kommissionsmitglieder haben ihre Pflicht nicht erfüllt. Sie haben unter Vernachlässigung der

eingegangenen Verpflichtungen Maginot durchgebracht. Dieser Zustand kann nicht andauern. Maginot kann nicht Vorsitzender bleiben; wenn er es bleiben würde, so würde der angesehenste Kriegsminister General Rollet gegenüber dem Seeresauschuss in einer unzumutbaren Stellung sein. Maginot selbst äußerte folgendes: Ich verdanke meinen Erfolg dem patriotischen Gefühl von fünf oder sechs Radikalen. Die Sozialisten mußten das erwarten. Der Sekretär des Seeresauschusses, Goy, meint: Paul Boncour ist der Mann der achtmonatigen Dienstzeit. Seine Persönlichkeit als Kriegsabgeordneter ist allzu schwarz umrissen. Einige Radikale bekamen es mit der Angst zu tun, da sie Befürchtungen wegen der nationalen Verteidigung hegten. Maginot flüchte ihnen in dieser Beziehung mehr Vertrauen ein.

Die Linkspresse zeigt sich mit den Resultaten außerordentlich unzufrieden. Der „Quotidien“ spricht von Verrat und fordert die Regierung auf, dafür zu sorgen, daß Maginot zur Demission gezwungen wird. Unter Anspielung auf die verschiedenen Mißerfolge, die das Kabinett in den ersten Wochen seines Bestehens bereits erlebt hat, schreibt das Blatt: Wir verbergen nicht, daß das Land über die ärgerlichen Anfänge der neuen Majorität auf das höchste erregt ist und daß es sich mit Unruhe fragt, was Herricot und seine Mitarbeiter, die von den eigenen Gruppen zu schlecht unterstützt werden, von den gegebenen Versprechungen werden halten können. Wenn die Kammer vor ihren Verleumdungen nicht das Mittel findet, die öffentliche Meinung zu beruhigen, so soll sie aus der Dutz sein. Das Frankreich des 11. Mai würde es nicht ertragen, wenn man ihm seinen Staat labotiert. In anderen Blättern der Linken wird die Regierung aufgefordert, möglichst bald den Entwurf zur Einführung der einjährigen Dienstzeit einzubringen und die einzelnen Mitglieder des Seeresauschusses zu zwingen, in öffentlicher Abstimmung Stellung zu nehmen, wobei nach ihrer Auffassung wahrscheinlich eine ähnliche Haltung gewisser radikal-sozialistischer Mitglieder des Ausschusses unumgänglich wäre. Auf diese Weise würde ein Konflikt zwischen dem Ausschuss und dem Vorsitzenden geschaffen werden, durch den eine Abbanung des Ausschussvorsitzenden notwendig würde.

Der Kampf um die Industrieobligationen.

Der französische und der deutsche Standpunkt. Vor der Entscheidung.

Drei Gesetzesentwürfe sind bekanntlich zur Durchführung des Dawes-Gutachtens notwendig: über die Errichtung der Goldnotenbank, die Umwandlung der Reichsbahnen und über die Verpflichtung unserer Industrie durch Ausgabe von Industrieobligationen. Ueber sie wird gegenwärtig verhandelt. Während aber die Vereinbarungen über die beiden ersteren Punkte in den zu ihrer Vorbereitung eingesetzten Komitees ziemlich reibungslos auslaufen gekommen zu sein und auch erfreuliche Sicherungen für uns gebracht zu haben scheinen, sind bei dem dritten Punkt erhebliche Schwierigkeiten aufgetreten, die durch den gemeldeten Austritt des Franzosen aus dem Obligationenkomitee heftig beleuchtet werden. Sie wurden schon dadurch offenbar, daß man in dem Komitee für die Industrieobligationen nicht, wie in den beiden anderen Komitees für die Eisenbahn und die Goldnotenbank, darauf verzichten konnte, vom dem Recht der Auswahl eines fünften neutralen Mittellandes Gebrauch zu machen. In den bisherigen Mittelländern, zwei Deutschen, einem Franzosen und einem Italiener, hatte man vielmehr fürstlich gemäß dem Dawes-Gutachten ein fünftes neutrales Mittelland, den aus seiner Völkerverbindlichkeit bekannten schwedischen Bankier Marcus Wallenberg aus Stockholm, in das Obligationenkomitee hinauserwählt, um ihn als Schiedsrichter in der strittigen Frage anzurufen. Da nun durch die Amtsniederlegung des französischen Delegierten die Tatsache des Vorhandenseins ernster Meinungsverschiedenheiten offenbar geworden ist, erscheint es angebracht, die Streitfrage und die verschiedenen Standpunkte klarzulegen.

Während die Vorschläge des Dawes-Gutachtens über die Errichtung einer Goldnotenbank und die Umwandlung der Reichsbahnen in eine Aktiengesellschaft ziemlich genaue Ausführungsbestimmungen enthalten, beschränkt sich das Gutachten hinsichtlich der Industrieobligationen auf allgemeine gehaltenen Anregungen. Es heißt darin, daß die deutsche Regierung Obligationen oder Schuldverschreibungen industrieller Unternehmen im Gesamtwert von fünf Milliarden Goldmark beschaffen soll, die jährlich mit 5 vom Hundert zu verzinsen und mit 1 vom Hundert zu tilgen sind. Diese Obligationen sollen Verpflichtungen der einzelnen Unternehmen darstellen und bezüglich der Zahlung von Kapital, Zinsen und Tilgungsquote durch eine erste Hypothek auf Anlagen und Eigentum der betreffenden industriellen Unternehmen gesichert sein.

Der Streit innerhalb des Organisationskomitees dreht sich nun darum, ob nur einzelne Unternehmen mit Individualobligationen belastet werden sollen, die dann den alliierten Mächten entsprechend ihrer Reparationsquote ausgedehnt werden, oder ob man für die Ausgabe der Industrieobligationen die gesamte deutsche Industrie haften machen und diese Haftung pro rata auf sie verteilen, also Sammelobligationen nach Art der Rentenmarktsicherung einführen soll. Den ersteren Standpunkt vertritt Frankreich, den letzteren Deutschland. Die Absicht, die Frankreich mit seinen Plänen verfolgt, ist klar. Zum Ueberflus haben auch noch französische industrielle Blätter vorzeitig darüber aus der Schule gepöbelert. Frankreich würde auf Grund der ihm zustehenden Reparationsquote von 52 v. H. den Löwenanteil der Schuldverschreibungen der zu belastenden Werke erhalten, während England beispielsweise nur einen Anspruch auf 22 v. H. hat.

Frankreich wünscht nun diese Individualobligationen auf die großen deutschen Werke im Westen Deutschlands, auf die es es besonders scharfes Auge wirft, ausgestellt zu sehen, um, wenn irgend möglich, in deren Besitz oder doch wenigstens zu maßgeblichem Einfluß in der rheinisch-westfälischen Industrie zu gelangen.

Die unvorsichtigen Ausplauderer haben ganz offen durchblicken lassen, daß es ihnen nicht so sehr um die 5 Milliarden in Reparationsinteresse, als vielmehr um das Einflußgewinnen oder den eventuellen Besitz jener Werke zu tun ist. Derartige Bestrebungen könnten natürlich England nicht gleichgültig lassen und sind noch weniger im Zweck und Sinn des Gutachtens in Einklang zu bringen. An mehr als einer Stelle wird in diesem Dokument als Grundvoraussetzung der Inkraftsetzung des Gutachtens die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands gefordert. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands würde aber sofort in Frage gestellt sein, wenn es den Franzosen gelänge, mit ihren Wünschen durchzudringen. Und wenn man sich französischerseits bei der Forderung nach Individualobligationen auf den englischen Text des Gutachtens stützt, der von „individual obligations“ spricht, so kann demgegenüber festgestellt werden, daß, wenn auch in anderem Zusammenhang, im Sachverständigengutachten an anderer Stelle wörtlich erklärt wird: „Die deutsche Regierung soll das Recht haben, die Aufrechterhaltung der Verfügungsgewalt über ihre eigene innere Wirtschaft zu berücksichtigen.“ Auch daraus leitet die Reichsregierung ihren Anspruch auf Ausgabe von Sammelobligationen an Stelle der geforderten Individualobligationen her.

In dem Abschnitt des Gutachtens, der sich mit den Industrieobligationen beschäftigt, wird ausdrücklich gesagt,

Die neue bayerische Regierung vor dem Landtag.

Das Regierungsprogramm.

München, 2. Juli. Bei überfüllten Tribünen und gut bestem Laufe gab in der heutigen Sitzung des Landtages der neue Ministerpräsident Dr. Deth die Ministerliste bekannt. — Abg. Straßer (Wolff. Block) stellte fest, daß wieder acht Minister und ein Staatssekretär vorgezogen seien, obwohl der Landtag letztmals die Verminderung der Ministerien von acht auf fünf beschlossen habe. Der Wölkische Block legte scharfe Verwahrung dagegen ein, daß in einer Zeit, wo Tausende von Beamten abgebaut würden, die Sparsamkeiten des Landtages ohne weiteres mißachtet würden. — Abg. Dr. Baumann (Wolff. Block) beantragte, über die Ministerliste einzeln abstimmen zu lassen. — Abg. Frau W. Schindler (Komm.) gab eine längere Erklärung ihrer Partei ab, daß die Regierung eine ausgesprochene Interessensvertretung der partikularen bayerischen Reaktion darstelle. Die kommunistische Fraktion forderte der Regierung held daher härtestes Mißtrauen aus.

Die getrennte Abstimmung über die Ministerliste wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und des Wölkischen Blocks abgelehnt. Der Präsident stellte fest, daß die Ministerliste die Zustimmung des Hauses gefunden habe. — Abg. Dr. Baumann (Wolff. Block) erklärte hierauf, daß die Wiederkehr der Ministerliste und Wärtner ins neue Kabinett den Wölkischen Block veranlasse, dem Kabinett als Ganzem ablehnend gegenüberzutreten.

Ministerpräsident Deth

sein Regierungsprogramm und führte etwa folgendes aus: Die Rheinfrage sei nicht nur eine deutsche Schicksalsfrage; sie sei wieder einmal zur europäischen Frage geworden. Von ihrer Lösung hänge es ab, ob Europa den von den Wölfen ererbten Frieden bekomme. Damit Deutschland wieder zum Leben komme, bedürfe es der Freiheit und der Wirtschaft. Das sei notwendig um der deutschen Wirtschaft willen, aber ebenso sehr auch um der deutschen Ehre willen. Deth dankte sodann den Wölkischen Brüdern für das, was sie im Kampfe für die Erhaltung des Reichstums bisher geleistet hätten, und erklärte, die Platz in ihrem Abwehrkampf innerlich und äußerlich stark zu erhalten, gehöre mit zu den wichtigsten Aufgaben eines guten deutschen und bayerischen Staatspolitikers.

Der Ministerpräsident wies dann auf die Verwirrung im politischen Leben hin sowie auf die Wirtschaftskrise, und sagte, er sehe die größte Gefahr in subversiven, absolut staatsfeindlichen Bewegungen, die von der dritten Internationale in Moskau Unterstützung erzielten. Die Hauptgefahr der ungelassen, den Staat in seinen Grundfesten bedrohenden Entwicklung liege zweifellos in der Revolution von 1918. Alles, was sich innerhalb an solcher Einstellung zum Staat, Wörungen, Unruhen usw. äußerte, habe darin seine Erklärung, wenn auch nicht seine Entschuldigung. Das oberste Ziel der Regierung von heute müsse sein, jede Revolutionsgefahr zu überwinden durch Erziehung zum Staat und für den Staat. Eine bewaffnete Macht außerhalb und neben der Staatsgewalt dürfe es in einem geordneten Staate nicht geben, da sie auf die Dauer zu seinem Ruin führen müsse. Deth betonte weiter, daß die Unzufriedenheit mit der heutigen Staatsform es der Staatsregierung zur gebieterischen Pflicht mache, eine vernünftige Ausgestaltung und Reform der Verfassung zu bedenken, die sich aber nur in legalen Formen vollziehen dürfe.

Ueber das Verhältnis Bayerns zum Reich führte der Ministerpräsident aus: Bayerns Pflicht sei es, nicht nur an sich selbst zu denken, sondern auch für das

Reich mit zu sorgen, mit zu opfern. Freudig bekenne er sich zum Reich, zu seiner Einheit, Verfassung und Größe, vor allem zum Programm der Reichspolitik, das die Befreiung des Reiches wieder neu fundiere, sich sowohl auf dem bayerischen als auf dem inneren Aufbau des Reiches beruhe und die Voraussetzung seiner Befreiung nicht in einer schrankenlosen Unzulassung, Kraftvolle in ihrem eigenen Verhalten

möglichst freie Einzelheiten seien ein besseres Fundament für die Größe und Einheit des Reiches, als die zwangsmäßige Vereinheitlichung durch die Weimarer Verfassung.

Insbesondere betonte Deth, daß in irgendeiner Form wieder eine größere Selbständigkeit der bayerischen Eisenbahn und Post erreicht werden müsse, daß auch vor allem die bayerische Finanzhoheit, soweit es sich irgendwie mit den Bedürfnissen des Reiches vertrage, wieder zurückgewonnen werden müsse. Der Ministerpräsident gedachte dann der Aufgaben, die sich aus der heillosen Not des Volkes ergäben, und erklärte: An der Gleichberechtigung der christlichen Konfessionen im Staate dürfe nicht gerüttelt werden. Auch die Presse bitte er dringend, sich jeder Art der Dope rücksichtslos zu verweigern. Zum Schluß verlangte Deth, dem kommunistischen Kommunismus sollte der menschenwürdige gottgewollte Kommunismus der Arbeit und Pflicht gegenübergestellt werden.

Die Abstimmung im Verfassungsausschuß.

München, 2. Juli. Die Aussprache über das Dames-Gutachten und die Eisenbahnfrage im Verfassungsausschuß des Landtages endete unter Ablehnung der Anträge des Wölkischen Blocks und der Sozialdemokraten mit der Annahme des Antrages der Koalitionsparteien, deren wesentliches dahin geht:

1. Der Landtag stellt fest, daß zur Übertragung des Betriebes der Reichsbahn an eine Konsumgesellschaft gemäß § 8 des Staatsvertrages die Zustimmung Bayerns und die der übrigen Länder notwendig ist.
2. Der Landtag beschließt, daß dann, wenn der Gesetzentwurf des Reiches von einem Verkehrssystem auszugehen sollte, das durchaus unklar und rein international einseitig ist und den Lebensinteressen des Reiches sowie den berechtigten Ansprüchen der Eisenbahnbesitzer nicht Rechnung trägt, Bayern seine Zustimmung nicht geben darf.
3. Der Landtag fordert die Regierung auf, wenn der Gesetzentwurf zum Vortrage des Sachverständigenausschusses eine Änderung von Bestimmungen der Reichsverfassung enthalten sollte, die Beobachtung der dann gegebenen Voraussetzungen nicht ohne verfassungsmäßige Gesetzgebung zu erreichen sei.

Bayerns Antrag auf Verfassungsrevision in Berlin.

München, 2. Juli. Die Ministerpräsident Deth in der gestrigen Abend Sitzung der Bayerischen Volkspartei mittelst, wird der Antrag Bayerns nach beschleunigter Inangriffnahme einer Revision der Weimarer Verfassung bereits in den nächsten Tagen nach Berlin abgehen. Die bayerische Staatsregierung könne eine Berufung der innerpolitischen Lage nur in der Befolgung derjenigen Bestimmungen der Weimarer Verfassung erblicken, die eine überspannte Zentralisierung zur Folge gehabt hätten. Die Steuer- und Verkehrshoheit Bayerns werde wiederhergestellt werden.

man müsse sich stets vor Augen halten, daß Zweck und Inhalt des Planes ist, die Zahlung von fünf Milliarden Goldmark für das Reparationskonto zu sichern und sonst weiter nichts. Das aber dürfte mit Individualobligationen nicht erreichbar sein. Denn durch die hypothekarische Verpfändung einer solchen Belastung muß natürlich die ihr nachstehende Inanspruchnahme des Privatcredits leiden. Anders bei einer Sammelobligation, die die einzelnen Unternehmungen nur mit dem Einkommen für jene fünf Milliarden in nach Umfang des Unternehmens belastet. Hier würde die Belastung verhältnismäßig klein sein, etwa die Bedeutung einer Sonderbelastung haben und den Privatcredit nicht sonderlich erschweren.

Mögliche Wirkungen des Austrijs Descamps aus dem Obligationenkomitee.

Berlin, 2. Juli. Es wird berichtet, daß infolge der Amtsniederlegung des französischen Delegierten Descamps eine unerwünschte Verzögerung der Inangriffnahme des Sachverständigengutachtens eintreten wird. Da annehmen wird, daß das Obligationenkomitee seine Arbeiten erst fortsetzen wird, wenn es durch die Ernennung eines Ersatzmitgliedes wieder vervollständigt und das Ersatzmitglied eingearbeitet ist. Descamps hatte sich durch die Unzufriedenheit seiner Vorgesetzten, die darauf abzielte, die deutsche Industrie unter die Vormundschaft der Alliierten zu stellen, mit der Gesamtheit der übrigen Mitglieder des Komitees in Widerspruch gesetzt.

Sämtliche Gesetzentwürfe für das Gutachten beenden.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Berlin, 2. Juli. Das Reichsministerium hat sich gestern mit den Entwürfen zur Durchführung des Expertenplanes beschäftigt. Mit Ausnahme des Eisenbahngesetzes (samtliche Durchführungsregeln dem Reichsministerium vor). Die Verhandlungen der Eisenbahnverkehrsminister in Berlin gehen in diesen Tagen zu Ende. Voraussichtlich werden alle Gesetzentwürfe schon in der nächsten Woche dem Plenum des Reichstages vorgelegt.

Das Gutachten vor dem Anner Kongress.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) London, 2. Juli. Das Reichsministerium hat sich gestern mit den Entwürfen zur Durchführung des Expertenplanes beschäftigt. Mit Ausnahme des Eisenbahngesetzes (samtliche Durchführungsregeln dem Reichsministerium vor). Die Verhandlungen der Eisenbahnverkehrsminister in Berlin gehen in diesen Tagen zu Ende. Voraussichtlich werden alle Gesetzentwürfe schon in der nächsten Woche dem Plenum des Reichstages vorgelegt.

Das Gutachten vor dem Anner Kongress.

Paris, 2. Juli. Die Vollversammlung des Kongresses der Vereinten Nationen für den Völkerbund genehmigte die Resolution des Wirtschaftsausschusses, die das Sachverständigengutachten begrüßt, seine Verwirklichung durch Völkerbundorgane empfiehlt und hierfür Deutschlands Eintritt in den Völkerbund mit bindendem Statute bei Erfüllung der im Vorkongress geforderten Bedingungen für notwendig erklärt und den Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes ausdrücklich anerkennt.

Der Präsident der weichen Liga für den Völkerbund, Graf Bernstorff, hielt eine oft von starkem Beifall unterbrochene Rede, in der er die Hoffnung ausdrückte, daß die Wahlen in Frankreich und England den Beginn einer neuen Epoche der europäischen Geschichte heraufbrächten.

Uebergehend zu Deutschland sagte Bernstorff, daß trotz der Wahl die Reichsregierung eine hinreichend starke Mehrheit für die Annahme des Sachverständigengutachtens habe. Deutschland sei völlig abgerichtet, und selbst wenn es Arica führen wollte, was nicht der Fall sei, so könne es das nicht. Das Ausland müsse die Notwendigkeit der Räumung der über den Inhalt des Versailles Vertrags hinaus festgesetzten Gebiete und der Annahme und Befreiung für alle Deutschen, die sich am vollen Widerstand beteiligten, begreifen.

Zur Frage des Eintritts in den Völkerbund erklärte Bernstorff, daß es besser sei, wenn Deutschland um seine Aufnahme erst nach vorheriger völliger Verständigung mit Frankreich und England über die anderen Fragen nachfrage. — Der französische Deputierte Jean Deneffin dankte Bernstorff für seine Erklärungen, vor allem über die Abrüstungsfrage, die die französische Delegation ungenügend befriedigt habe, betonte aber eindringlich die Befürchtungen, die man in Frankreich vor Deutschlands geheimen Machenschaften bege. (W. Z. B.)

Aushkunft Macdonalds im Unterhaus.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Rotterdam, 2. Juli. Der „Courant“ meldet aus London: Macdonald sagte am Sonnabend im Unterhause auf die Anfrage A. S. A. er habe durch den deutschen Vorkongress die Erklärung erhalten, daß in Deutschland schon Ende Juli mit der Durchführung des Sachverständigenberichts begonnen werden würde. — Auf eine Anfrage Simons erwiderte Macdonald, daß die Regierung nicht beabsichtige, ihren abliegenden Besuch betr. der Roteubank in Singapur eine Revision zu unterziehen.

Kriegsdrohungen Sinowjews gegen Rumänien.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Rotterdam, 2. Juli. Die „Morningspost“ meldet aus Moskau: Am Moskauer Sowjet wurden die aus Versailles erlassenen Sowjetverträge mit ungeheurerem Jubel begrüßt. Es ist ihnen gelungen, ungehindert von den rumänischen Behörden, Verbarabien zu verlassen. Sinowjew begrüßt, laut „Brand“, die Erschienenen mit den Worten: Verbarabien kehrt zu Rußland. Seit den Demobieren, Rußland rückt zum Krieg für Verbarabien, wir arbeiten seit Monaten und stehen vor der Vollendung unserer Pläne.

Der Fall Matteotti.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Mailand, 2. Juli. Der „Mailänder Secolo“ meldet aus Rom: Der Untersuchungsrichter lehnt die Anklageerhebung gegen die Verhafteten wegen Mordes ab, solange der Verbleib Matteottis nicht gefunden ist. Von keinem der Verhafteten liegt irgendein Geständnis vor. Es wird wieder behauptet, daß Matteotti überhaupt nicht ermordet sei, sondern nur verhaftet gehalten werde. Die für Sonntag in Rom von den Sozialisten veranstalteten Gedächtnisfeier für Matteotti sind vom Ministerium verboten worden.

Die Antwort des Reichslandbundes.

Eine Kritik über die Erklärung des Reichsernährungsministers.

Berlin, 2. Juli. Der Reichslandbund erklärt zu der Erklärung der Reichsregierung vom 27. Juni eine Erklärung, die im wesentlichen folgendes besagt: Wir vermessen den Staatsflügen und bewussten Willen verantwortungsbewusster und handelnder Männer aus der richtigen Erkenntnis der furchtbaren Notlage der Landwirtschaft, durch entschlossene Taten die verhängnisvollen Folgen für das gesamte Volk abzuwenden. Wir vermessen die bindende Versicherung, die laufenden Wechsel bis nach der Herbstharnte zu provisionieren. Wir vermessen eine Auflage auf sofortige Gewährung weiterer erheblicher Produktionskredite. Wir vermessen eine Erklärung des Reichsfinanzministers darüber, ob er eine Finanz- und Steuerpolitik weiterzuführen gedenkt, die, nachdem sie zuerst durch hemmungslose Papiergeldfabrikation und verheerenden Staatsbankrott die landlichen Vermögen vernichtet hat, nunmehr durch brutales Ansehen der Steuerbehörde dem produktiven Vermögen die weitere Produktionsmöglichkeit raubt und damit die Lebensmittelerzeugung des Volkes in den Abgrund führt. Wir vermessen insbesondere ein unambigues Antwortwort über die Erweiterung des Gesetzes vom 6. Juni zwecks Gewährung einer ausreichenden Stundungsfrist bis nach der Ernte. Wir vermessen die Erkenntnis des Reichsfinanzministers, daß die bürokratisch-umständlichen, namentlich vom Reichsbesitz nur schwer oder gar nicht zu beschaffenden, in dem Erlaß vom 6. Juni geforderten Nachweise von der Landwirtschaft als Schikane und als Verstoß des Unwirklichmachens des ganzen Stundungsverlaß empfunden werden müssen. Wir vermessen eine Erklärung über die Nichtinanspruchnahme der militärischen, sog. „berichtigten“ Wehrbeiträge. Wir vermessen eine Auflage über die Anpassung der Entwertungsschläge bei der Vermögenssteuer an die tatsächlichen Entwertungsvhältnisse. Wir vermessen die Erklärung darüber, daß die endgültige Regelung der Einkommenbesteuerung für 1924 so erfolgt, daß die Landwirtschaft wie die anderen Teile der Bevölkerung nach gleichen Vorschriften, in gleicher Höhe und nur nach Maßgabe ihres Einkommens zur Steuer herangezogen werden. Wir vermessen ein klares Antwortwort zur Umfassung hinsichtlich Überhebung der Steuerlast, Befreiung der Versorgung aus landlicher landwirtschaftlicher Erzeugnisse und hinsichtlich der Steuerfreiheit des Eigenverbrauchs bei häuslichem Kleinbedarf. Wir vermessen die Antündigung eines Eingreifens des Reichsfinanzministers in die unehrliche Anwendung von Vermögensaufschlägen seitens der Finanzämter. Wir vermessen eine Erklärung über die Berücksichtigung der Familienverhältnisse des Kleinbäuerlichen Besitzes bei der Einkommens- und Vermögenssteuer.

Wir vermessen die Härtepolitik der Reichsregierung, weil sie aufeinander nicht waag, von Reich wegen gegen die überlebenden, dem Reichsgeld widersprechenden Forderungen der Länder und Gemeinden einzuschreiten. Wir vermessen die Lösung des Rätsels, wie der Landwirt Steuern bezahlen soll, wenn er weder Geld, noch veräußerliche Betriebsmittel, noch Kredite zur Verfügung hat. Wir vermessen eine bestimmte Erklärung, durch sofortige Wiedereröffnung ausserordentlicher landwirtschaftlicher Hilfe unierten Erzeugnissen nach vor der Ernte einen den Produktionskosten entsprechenden Preis zu sichern. Wir vermessen ein bindendes Antwortwort, daß die Eisenbahnverträge für unsere Erzeugnisse erneuert werden, insbesondere für Saatgut und künstliche Düngemittel und in erster Linie für die Landbestriebe, die durch Auswinterung, Ueberwässerung und Weizenfäule sich in einer besonderen Notlage befinden.

Der Reichslandbund fordert Auskunft, ob mit den Verordnungen so lange gesögert werden soll, bis die

Deutsche Landwirtschaft durch vollständige Auslieferung ihres Hutes, insbesondere auch infolge der jetzigen Steuerpolitik, argwunde gerichtet ist.

Die Verzweiflung auf dem Lande wächst von Tag zu Tag. Die Zeit für solche Worte ist vorüber. Nur die rasche und entschlossene Tat kann noch Rettung bringen, soll das Band des Gehorsams sich nicht infolge der vorher angekündigten Veräufnisse der Regierung von selbst unwillkürlich völlig lockern, um so mehr, als die Verzweiflung der Annahme des Dames-Gutachtens in der Erklärung der Regierung mit der Veränderung der Not der Landwirtschaft in den weitesten Kreisen auf das Äußerste verbitternd gewirkt hat.

Landwirtschaftliche Anklage gegen die Kreditpolitik.

Vollstliche Gründe für die verstärkte Kreditverknappung? Berlin, 1. Juli. Am letzten Sonntag feierte der Bund der Landwirte für das Fürstentum Lübeck in Ahrenshoop ein Sommerfest, auf dem Reichslandbundespräsident Stubbe und der ein Mitglied des Reichslandbundesvorstandes, die Notlage der Landwirtschaft darlegte. Der Redner teilte die Elfertheit, mit der manche Kreise in Deutschland bereit wären, den Dames-Bericht anzunehmen. Sehr ausführlich sei es, daß Reichslandbundesdirektor Schwach große Summen von Rentenamt aus dem Verkehr gezogen habe. Dadurch werde der Kredit verknappt, daß man die Genußgüter zur Annahme des Gutachtens fördern wolle. Wenn man dann nach Annahme des Gutachtens eine Kreditverknappung in Deutschland eintreten lasse, dann würde man dem deutschen Volke vermutlich vorreden, daß die Verzweiflung eine Folge der Annahme sei, während die jetzige Verschlechterung in Wirklichkeit durch die weit über das notwendige Maß erfolgende Drosselung der Kredite eingetreten sei.

Der unerträgliche Druck der Weim auf den Ruhrbergbau.

Berlin, 2. Juli. Aus bergbauischen Kreisen wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ mitgeteilt: Die Regelung des Weimabkommens hat in den Kreisen des Bergbaus große Enttäuschung ausgelöst. Die ausstehenden Erleichterungen kommen den Werken nicht zugute, da über den Umfang der Erleichterungen hinaus eine Kohlenpreisermäßigung erfolgt, die eintreten muß, um den Absatz der Ruhrkohle zu ermöglichen. Die drohende Betriebsstilllegung kann nur durch eine Zunahme des Absatzes vermieden werden. Die Kreditfrage ist nicht gelöst. Den Werken entsteht daraus weiterhin eine für sie nicht tragbare Belastung. Die Verzögerung, bis zum Inkrafttreten des Sachverständigengutachtens, bedeutet einen Druck auf die Annahme der durch das Abkommen bedingten Maßregeln.

Vorläufig keine Stilllegungen.

Berlin, 2. Juli. Zur Meldung der Verzögerung der Ruhrkohlenpreise um 20 Prozent berichten die Blätter noch, daß in der Veranlassung der Hochendsteuer aus Rheinland-Westfalen die Wärscht umfangreicher Betriebsstilllegungen fallen gelassen worden ist. Man will zunächst abwarten, ob nicht infolge der Kohlenpreisverhinderung eine Debusung des Absatzes eintreten wird.

Beirügerelen in der Reichsvermögensverwaltung Koblenz.

Berlin, 1. Juli. Auf der Reichsvermögensverwaltung in Koblenz wurden Unregelmäßigkeiten entdeckt. Es wurden Ueberforderungen eines Säcklers in Höhe von 50 000 bis 100 000 Mark festgestellt.

Der Tag der Kinderheilanstalt.

Im Großen Garten und Zoo. Die Gruppe 10b (Sirenen) hatte im Großen und Zoologischen Garten ihre Zelte aufgeschlagen. Im Café...

Im Zoo gab's von 4 Uhr ab großes Kinderfest mit Ponyreiten, Rutschenfahren, Schaulust, Ruffsbahn, Kinderspielen unter Obhut von Kindergärtnerinnen...

Der Abend im Palmengarten

war ein selten reines und glückliches Erlebnis. Schon durch die ästhetischen Umstände, denn was für ein ausmutsvolleres Bild läßt sich vorstellen, als ein Vater, umgeben von zwei blühenden Töchtern...

Tanzabend auf dem Belvedere.

In aufopfernder und unermüdlicher Weise hatten sich eine Reihe von Damen und Herren in den Dienst der guten Sache gestellt. Besonders ist die Ausgestaltung des Abends den Bemühungen von Frau Kaufmann Postler zu danken...

Die Vermögensabfindung des sächsischen Königshauses.

Die schon kurz mitgeteilt, ist, nachdem ein früher abgeschlossener Vertrag infolge Rücktritts des Betreters des Königshauses von den getroffenen Abmachungen hinfällig geworden war...

In diesem Vertrage heißt es unter anderem: Der vor-malige König verzichtet auf alle Rechte an dem Staatsgute, einschließlich des Domänengutes. Dafür überträgt der Frei-herr...

Welter erhält der Familienverein eine bare Abfindung im Betrage von 300000 Goldmark samt Zinsen, hieron an 5 Prozent vom 1. Juli 1920 ab. Dem vor-maligen König werden auf Lebenszeit die Aus-übung des Jagdrechts auf den Revieren Nebefeld, Altenberg und Nassau...

fanden sich der Kommandeur des Wehretreffes Exa. Müller und der Präsident des Staatsrechnungshofes Geh. Rat Dr. Schick. An der Spitze wirkte in liebenswürdiger Weise Frau-lein v. Leipzig ihres schweren Amtes. Sunthausen, glän-zendes, gesellschaftliches Leben entwickelte sich im Saale. Die Jugend widmete sich eifrig den Freuden des Tanzes...

Wingerfest im Ratskeller.

Im Ratskeller wartete bei mäßigem Eintrittsgeld ge-spannt eine gesellschaftlich ansehnliche Menge der ange-lagten Kunstgäbigen und bereitete sich mit den vorzähligen Gaben der Küche und des Kellers bei lustigen Salomus-festgedäch auf das Kommen vor. Auf einmal fand Alfred Meyer auf dem niedrigen Podium und lobend seine harmlosen und dralligen Heiterkeiten über die Tische in den schweren Säulengängen. Man drängte sich um das Podium und gab so, während noch der Beifall rasselte, den jungen Damen, die sich um Anbringung von Blumen, Abzeichen und kleinen Andenken bemühten. Geistesfreiheit zu lustigen Ueberrissen. Auch von Tisch zu Tisch, von Küche zu Küche gingen sie, geführt von einer in allerlei Verfassungen besonders er-fundungsreichen Dame mit drei großen Rosen am Hüfte, die bald im Keller zu einer populären Erscheinung wurde. Nach diesen harmlosen Attacken, die meist zur Niederlage des gern freudenden Angegriffenen führten, sangen die Schrammeln...

der prähistorischen Sammlung, dem Mathematisch-physischen Salen und der Landesbibliothek, das Eigentum an den aus Verteilungen von Sammlungsarbeiten her-rührenden Erlösen, sowie an diesen Sammlungen vom vor-maligen König während der Kaiserzeit aus dem Haus-scheidungsvermögen abzugeben, teils nach der Staats-umwicklung diesen Sammlungen aus diesem Vermögen über-wiesenen Gegenständen, sowie das Eigentum an dem Tafel-selt Pontawoffis und an dem sogenannten Bonetwiesenschloß die beide für das Historische Museum bestimmt sind, über-tragen wird.

Der Zweck der Kulturstiftung ist die Förderung von Kunst und Wissenschaft durch die Erhaltung und Weiter-führung der genannten Sammlungen im Interesse der All-gemeinheit.

Der vor-malige König schließt diesen Vertrag für sich und sein Haus. Er und der Familienverein „Haus Wettin-Albertinischer Linie e. V.“ treten dem Staate gegenüber dar-über ein, daß das Haus Wettin, dessen gegenwärtige und künftige Mitglieder, die Rechtsnachfolger jeder Art und auch die Mitglieder anderer nach der früheren Aufstellung ordnung etwa berechtigter Häuser keine weiteren Ansprüche erheben. Die gleiche Verpflichtung übernehmen der vor-malige König und der Familienverein „Haus Wettin-Albertinischer Linie e. V.“ auch insoweit, als letzterem Werte der bisherigen Sekundogenitur-Familienanwartschaft übereignet werden. Nach der Staat verpfichtet sich, keine Ansprüche zu erheben, die sich nicht aus diesem Vertrage selbst ergeben.

Ein weiterer Vertrag ist über die Sekundogeniturrente zur Wohnung der Rechte des vor-maligen Prinzen Johann Georg abgeschlossen worden.

Nach diesem wird die Sekundogeniturrente für die Zeit vom 1. Januar 1924 ab jährlich in Höhe von 15 vom Hundert des Nennwerts von 202184 Mk. in Goldmark gezahlt.

Zur Abgeltung der Rentenansprüche für die Zeit bis zum 31. Dezember 1923 zahlt der Staat dem Rentenberechtigten eine einmalige Abfindungssumme von 40000 Goldmark.

Die vor-maligen Prinzen Maximilian, Georg, Friedrich Christian und Ernst Heinrich, Herzoge zu Sachsen, die beiden letzteren teils zugleich als gesetzliche Vertreter ihrer minder-jährigen männlichen Abkömmlinge, erkennen die Abmachun-gen auch für sich als bindend an, falls in der Zeit bis zum 31. Dezember 1923 der Anspruch auf die Sekundogeniturrente auf einen von ihnen übergehen sollte.

Der Familienverein „Haus Wettin-Albertinischer Linie e. V.“, vertreten durch seinen derzeitigen Vorsitzenden, den vor-maligen König Friedrich August von Sachsen, tritt diesem Vertrage gleichfalls bei und verpflichtet sich, dafür zu sorgen, daß bis zum 31. Dezember 1923 keine weitergehenden An-fürsorge auf die Sekundogeniturrente gegen den Staat er-hoben werden.

von der Paster, Jodeln? Nein, Jodeln kann man das nicht nennen. Das war ein vollendetes Sopran-Artikelfana eines Sängers, der auch anders konnte. In kräftigem Gegen-satz dazu dröhnte gleich darauf Büffels tiefe, warme Stimme mit schönen Abwechslungen durch die Säulengänge und bewies, wie recht ein in einem Wehretreffes umhantel-der Schüttelreim hat:

„Bertvoll ist mancher Schüsselbund, Voll Gold ist auch der Büffelschmund.“

Ein neuer Kontrast — Precht's drei Madeln sangen wunderschön. Alle Tage ist nicht Sonntag und andere erhebe und frohe Lieder. Der Beifall wuchs und wuchs. Precht selbst lag am Flügel. Und als dann noch sein Quartett, ernst, heiter, feierlich und empfindsam alle Reicher des deut-schen Männerchors durch die Säulen dröhnen ließ, da kam die richtige Kellerstimmung. Büffel mußte noch einmal heran: Heinrich, der Künstler — Friedrichs Rex — Tom, der Reimer trauten die künstlerischen Darbietungen. Immer größere Kreise schlossen sich auf und auf einer der Tische prangte schließlich die größte Bowle des Ratskellers, die seit Hans Kitzingers Tode noch nicht wieder ihre Wundergaben spendet. Auch hier dürfte ein auf Eiferkeit gesammelt worden sein.

Derflisches und Sächsisches.

Einweisung des neuen Kreisauptmanns von Zwickau.

Der bisherige Ministerialrat im Wirtschaftsministerium Dr. Jani ist gestern vormittag im Hauptministerialgebäude durch den Minister des Innern Müller als Kreisauptmann und Vorstand der Kreisauptmannschaft Zwickau unter Hinweis auf den früher geltenden Staatsdienereid für sein neues Amt verpflichtet worden. Da der Minister aus dienstlichen Gründen verhindert war, nach Zwickau zu reisen, erfolgte die Verpflichtung in Dresden.

Kreisauptmann Dr. Jani ist am 25. April 1870 in Dresden geboren, studierte die Rechtswissenschaft und war vom 1. März bis 30. November 1899 beim Justizministerium

Wigner spielt wieder im Residenztheater.

Als „Lachender Chemann“ ist Oskar Wigner an einer zweiten Gastspielreise zurückgekehrt. Rühmlich Jahre all mag etwa diese Operette von Edmund Cosler sein, aber sie trägt für uns heute doch die Anzeichen einer, wo nicht alten, so doch besseren älteren Zeit. Ein ganz nettes Theaterstück von Drammer und Grünwald, die beinahe Eheiruna einer modernen unverstandenen Frau be-handelnd, bei der aber schließlich der Gemahl durch seine natürliche Herzensgüte als lobender Sieger über einen stürzenden Grafen triumphiert. Dazu eine sauber gearbeitete, kultivierte, mit gefälligen melodischen Einfällen vielenteils Parodie, die nicht nur Einlagen, sondern auch wirklich ver-tonete Handlung abt. So etwas weiß man heute auf dem Reibe schon zu haben.

Wie nun Wigner den Ottokar Brudner spielt, den Kunst-butlerfabrikanten, der sich so gern um seiner aktiellen moder-nen Gattin willen den „aktiellen Horizont weiter machen“ lassen möchte, aber doch vom proletarischen Geschmach nicht loskommt, der eine harmlose Seele ist, und trotzdem im dramatischen zweiten Akt als sehr ernsthaft gegen den stürzen-den Jäger in seinem ehelichen Reiter austritt, dann beim Wofel sentimental dem verlorenen Glück nachtrauert, das er sich schließlich beim „Verführungs-Anwalt“ mit raschem Stimmungswechsel wieder einhängt: — wie Wigner all das macht, das hat man vom Central-Theater her noch in Er-innerung. Nur, daß er heute noch unmittelbarer und unge-ammener wirkliches Leben abt. Seine künstlerische Strardi-Natur prägt sich in dieser Rolle ganz besonders überaus aus. All dieses Gemeinlich von Derensgüte, verheerenden Emporkömmlingsneigungen, Eib, Einfeld, Trob-finn und Empfindsamkeit ist so natürlich eientlich auf-geleitet Theaterdonner; aber Wigner als abt man die Ge-schichte bis zu einem hohen Grade, und das eben ist die Kraft wirklicher Künstlerpersönlichkeit, die sich in jedem Stille aus-leben kann.

Die Aufführung ist im hiesigen von Humon, Schick-tana und Wasser ganz vornehm ausgemacht und mit be-kannten Kräfte mehr oder minder angemessen besetzt. Au Beginn des Abends wird ein Prolog von Georg Arraang auf die Bedeutung des Kindertheaters hin. Der Besuch hätte besser sein können. Dear Wigner ist in seinem Nach-ein großer Künstler und einen solchen sollte man nie über-lehen.

Kunst und Wissenschaft.

Eröffnung der Sommeroper am Albertplatz.

Die Eröffnungsvorstellung am Dienstag brachte in neuer Einstudierung Weber's „Freischütz“ und nahm einen für die Folgezeit verheißungsvollen Verlauf. Viele werden das mit viel Fleiß und Opferbereitschaft begründete Zustandekommen der sehens- und hörenswerten Oper am Albertplatz mit freudensfühlendem Vergnügen begrüßen. Die Tausende und aber Tausende, die in diesen Tagen der Not sojuzagen von der Hand in den Mund leben und bei aller Einschränkung auf das Notwendigste nicht soviel übrig behalten, um die Kosten eines Opern-besuches im Landestheater zu decken, sie werden gern zu-greifen, wenn zu volkstümlichen Preisen gute Aufführungen zu haben sind. Und nicht zuletzt verdient noch der Geisichtspunkt hervorhebung, daß es die Oper am Albertplatz möglich macht, den eisenen Bestand des Drescher's „Dresdner Phil-harmonie“ zusammenzuhalten. Auch darf nicht vergessen werden, daß die Veranstaltungen drüben in Neustadt so mancher fähiger mehr oder weniger hervortretenden Bühnenbegabung den Weg in die breitere Öffentlichkeit bahnen helfen.

Mit ihren Aufgaben aber erwachsen der Oper am Albertplatz auch gewisse Verpflichtungen. Hochgehalten ist vor allem die Notwendigkeit durchaus wertvoller Aufführungen mit nur leistungsfähigen Kräften. Denn für die Allgemeinheit darf nur das Beste gut genug sein. Aimeasold darf das neue Unter-nehmen zu einer Art Versuchsbühne herabstufen. Selbst-rendend ist der Bedanke ausgedrückt, einen Wettbewerb mit den Leistungen der Staatsoper zu wagen, deren Spielplan man zunächst unangeführt lassen sollte. Grundtätlich dürften in der Oper am Albertplatz nur Werke zur Ausführung gelangen, die sonst nur selten oder gar nicht aufleben, Kleinwerke vor-zuziehen, die höchsten Nuztant in engerer Nahrung vermittelt, leichte Spielopern erster Meister und ähnliches.

Zur Eröffnungsvorstellung hatte man den „Freischütz“, das ferndentische Meisterwerk voll Innigkeit und Gemütsstärke gewählt. Mit der Wiedergabe konnte man recht sehr zufrieden sein. Professor Wraczel als der künstlerische Leiter des Unternehmens hat sich mit dem Technischen seiner Aufgabe gut abgefunden. Besondere Sorgfalt wendete er der Ausgestaltung des Instrumentalen zu. Die unvergleichlich schöne Luertvere-kam mit rühmender Wert. Aber auch sonst war das Drescher auf seinem Posten und blieb an Tonmaterialien und Situationsüberle-erungen kaum wesentliches schuldig. Man siehe alles daran, den Hexensabbath in der Weiserkunde durch möglichste Realist-glaubhaft zu machen. Ausgezeichnet betätigt sich die Regie

des namhaften Bühnenmannes Ernst Vert, der ganz beson-derer Anerkennung nicht verwehrt werden kann. Die dar-stellenden Kräfte bewährten sich auf das Beste, namentlich auch im Zusammenwirken. Man sang und spielte mit Liebe und sichtlichem Begehren. Karl Waczel mit quellreichen Tenormitteln gestaltete einen Max von gewinnender Eigenart. Auf die Stimme darf man Hoffnungen setzen, wenn ihre Weiterentwicklung unter erprobter Leitung nicht unterbleibt. Den Colner sang Erich Ruch mit hervortretender Ein-heitlichkeit in der Ausgestaltung. Ernst und Rache-Arie erhoben sich zu bemerkenswerter Reize. Klagesängers Material führte Georg Wellner (Gremil) ins Treiben. Rolf Poype als wackerer Guno, Joachim v. Rejewitz, ein sachtlicher Otto Kar, Reinshagen (Miklan) und Garbe (Samiel) fanden sich in Gesang und Spiel mit ihren Rollen durchaus lobenswert ab. Unter den Damen zeichnete sich Danna Atrah als frisches Keuschen aus, lustig und von Reize gewinnender Natürlichkeit umhüllt, dabei auch recht tüchtig bei Lösung der gefanglichen Aufgaben. Johanna Wuttler (Mabel) verfügt über hübsche Erscheinung und fein-kultivierte Stimmittel, die nur allzuviel in Reiferde ab-fallen werden. An der großen Arie lösten sich die Nennungen. Aber man vermisse durchaus einige Wärmegrade, besonders auch im Dialoge. Ganz nett machten die Prantungsfert ihre Zunge und ebenso war der Chor auf seinem Posten, den großenteils das übrige Solfispersonal stellte. Gegen Ende hin war noch nicht alles ausgefallen. Da kam es zu Ver-schleppungen zum Beispiel im Jägerchor und bedenklichen Schwankungen, die aller Geduldsgrenzen des Dirigenten be-dürften, um Schlimmeres zu verhüten. Das Finale machte aber alles wieder gut. Vielleicht lassen sich die jungen Umbau-Pausen kürzen. Die Vorstellung zog sich durch sie sehr in die Länge. Der Erfolg aber war ein durchschlagender. Das voll-belegte Haus zeichnete mit den Hauptdarstellern am Schluß vor allem auch Prof. Jos. Gust. Wraczel aus, als den tat-sächlichsten Leiter des Ganzen. Ernst Paul.

40 Mitteilung der Sächsischen Staatstheater. Oper-n-haus: Herr Robert Burg ist auf dringenden ärztlichen Rat zur Wiederherstellung seiner Gesundheit zu einer längeren Kur bis zum Schluß der Spielzeit beurlaubt worden. Zur Aufrechterhaltung des Spielplans ist deshalb Herr Opernsänger Otto Janesch vom Friedrichstheater in Dessau für einige Gastspiele verpflichtet worden. Herr Janesch singt zunächst in der heutigen Vorstellung „Die Abenteuer des Calanova“ die Rolle des „Spaniers“. Freitag, 4. Juli, „Erz-n-e“ mit Irma Terwani, Plöschke, Grete Rißch, Musikalische Leitung: Bräutigam, Spielleitung:

im Vorbereitungsamt tätig. Hierauf wurde er bei dem Amtshauptmannschaften Dresden-N., Schwarzenberg und Chemnitz Bezirke... am 1. Oktober 1909 Regierungsrat im Ministerium des Innern.

Mitteilungen aus der Sitzung des Gesamtrates vom 1. Juli 1924.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die zu ehrenamtlichen Ratsmitgliedern gewählten Herren: Kaufmann Walter Adelhelm, Volksschul-Oberlehrer Friedrich Heinrich Beck, Dipl.-Ing. Oswald Sommer, Kaufmann Hermann Christoph, Bureaudirektor Ernst Otto Enger, Gewerkschaftsangehöriger Gerhard Förster, Geschäftsführer Otto Alfred Gräfe, Maschinenmeister Paul Bruner, Tischlermeister Adolf Alfred G. Heinze, Sanitätsrat Dr. med. Friedrich Eugen Hoff, Kaufmann Franziskus Juncker, Minkler a. D. Bruno Krähof, Bankdirektor Dr. jur. Johannes Bernhard Krüger, Buchdrucker-Gesellschaftsführer Ernst Lorenz, Redakteur Fritz Felix Lewinsohn, Rechtsanwalt Leon Nathausohn, Rosenkulturbeförderer Dekanatsrat C. Theodor Simmgen, Klempner Martin Schneider, Prosig Wilhelm Arthur Laube, im Beisein einer Abordnung der Stadtverordneten durch den Vorsitzenden verpflichtet und in ihr Amt eingesetzt.

Man genehmigt das Entlassungsgeheiß des zum Stadtrat in Pirna gewählten Stadtrats Ruhn für 31. Juli. Zum Direktor des Jugendamtes wird Stadtratsrat Dr. Oberth gewöhlt.

Man schlägt den Stadtverordneten u. a. folgende Bewilligungen vor: 1000 Mark für das Freimaurer-Institut als Ehrengabe aus Anlaß seines 150jährigen Bestehens; 500 Mark für die Dresdner Kunstgenossenschaft als Beitrag zur diesjährigen Kunstausstellung.

Man beschließt die Errichtung einer Schutzhütte im nördlichen Hochbudenpark an der Pohlstraße.

Dem Entwurfe einer Befestigung über die verkehrsreiche Zufahrt von Hund in Gartenwirtschaften wird zugestimmt.

Man will nach den Beschlüssen der Stadtverordneten für das Rechnungsjahr 1924 an den jetzt geltenden Sätzen für die Hundsteuer aus finanziellen und hygienischen Gründen festhalten, die Zahlung der Steuer aber durch Zahlung in vier Raten erleichtern, sowie die Frage der Staffelung der Steuer vor Beginn des nächsten Rechnungsjahres prüfen.

Die Stadtverordneten beraten in der Sitzung am morgigen Donnerstag u. a. über den Antrag vom betr. den Urlaub des Pflegepersonals der nördlichen Kranken- und Pflegeanstalten; die Reimigungsverträge für die nördlichen Schulen; die Veranschlagung des freien Ausschusses zur Bekämpfung der Schwindsucht am Wilhelmplatz und event. Wiedereröffnung der Beratungsstelle Völbauer Straße 33; eine einmalige Beihilfe an die Arbeitsgemeinschaft Sächsische Deputationsdienste; einen Beitrag für die Kinderheimanstalt und Auflösung des Gemeindeverbandes zur Sicherung des stiftungsgemäßen Fortbetriebes der Kinderheimanstalt; einen Ansuchen zur Durchführung der Kinderleistungen vom Mai bis September 1924; eine einmalige Beihilfe an den Verein Frauenerwerbshilfe; ein Gesuch einer größeren Anzahl Geschäftsinhaber in der Villenstraße auf Beschleunigung der Straßenarbeiten in dieser Straße; ferner nochmals über den Antrag des Stadtverordneten Handant und Genossen, betr. die Jungfrauen; die Reueinführung der Gebühren für Dienstleistungen des Feuerwehr- und Feuerpolizeiamtes vom 1. Juli 1924 an; ein Schreiben des Rates, betr. einen Antrag der Stadtverordneten auf Beseitigung der Kellerebauarbeiten der nördlichen Kampfbahn; die Dresdner Ausführgesellschaftsbestimmungen zur Landesverordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsunfall; ferner sieben auf der Tagesordnung noch mehrere Anträge über die Erhöhung der Gebühren der Stellenermittler; Änderungen der Bestimmungen über die Vermögenssteuer usw. Außerdem stehen auf der Tagesordnung einige Anträge, u. a. der bereits bekannte Antrag Rothmann über die Abberufung der Ratsmitglieder.

Den 70. Geburtstag feiert am 5. Juli Herr Geh. Oberbaurat Grimm, ein Mann, der viele Jahre an der Spitze des Deeresbauwesens in Sachsen mit großem Erfolge gewirkt hat. In Danzig geboren und in Dresden, Wien und Hamburg beruflich ausgebildet, trat er am 1. April 1885 beim Landbauamt Leipzig ein. Obwohl er bereits sieben Jahre später zum Landbauinspektor ernannt worden war, ging er am 1. Juli 1892 als Garnisonbauinspektor von Dresden zum Reichsdienst über und durchlief hier rasch alle Staffeln bis zum Geheimen Oberbaurat (1908). Unter seiner Leitung wurde das Deeresbauwesen in Sachsen neugealtet, dabei aber galt es, eine ungemessene Fülle von Um- und Neubauten zu erledigen, um für die durch rasch einander folgende Deeresvermehrung stark anwachsenden Truppenmassen gesunde und heilich einwandfreie Unterkunft zu schaffen. Hierin hat heimlich einwandfreie Unterkunft zu schaffen. Hierin hat heimlich einwandfreie Unterkunft zu schaffen. Hierin hat heimlich einwandfreie Unterkunft zu schaffen.

Geschichte zeugte. Vielfach ausgezeichnet, trat er am 1. Januar 1919 in den Ruhestand. Bei aller Arbeitslast hat er sich ein empfindliches Herz für alles bewahrt, was seinem Berufe und der Heimatgeschichte und Heimatkunst dienen konnte. Lange Zeit führte er den Vorsitz im Sächsischen Ingenieur- und Architektenverein, seit 1902 ist er zweiter Vorsitzender des Vereins für Geschichte Dresdens.

Vorübergehende Schließung der Volkshilfe des Albertvereins. Wie üblich, ist auch in diesem Jahre die Volkshilfe des Albertvereins, Wilhelmplatz 1, vom 1. Juli bis einschließlich 12. August geschlossen.

Prozess Munder vor dem Schwurgericht.

Am heutigen Mittwoch trat das Schwurgericht Dresden zu einer kurzen Tagung zusammen. Den Vorsitz führt Schwurgerichtsdirektor Dr. Knuth. Die erste Anklage richtet sich gegen den 1877 zu Wildschütz geborenen, bereits oft und schwer vorbestraften Schlosser bzw. Installateur Fritz Munder, der in dem dringenden Verdacht steht, am 8. März vergangenen Jahres seine Ehefrau, die am 15. März 1888 zu Annaberg geborene vormalige Pfliegerin der Landesanstalt zu Annaberg, Marie Anna Martha Michall getötet, deren Verbleib unbekannt ist und die Körperreste bestattet zu haben. Der Sachverhalt ist folgender: Munder wohnte seit einigen Jahren im Hinterhaus Riefenstraße 3; er war verheiratet, seine Ehe wird als eine unglückliche bezeichnet. Die verstorbene Frau war beispielsweise eines Sonntagmorgens blutüberströmt zu den im Vorderhaus befindlichen Wirtshaus geblieben und hatte damals angegeben, ihr Mann wolle sie erschlagen. Der Tod der verstorbenen Frau war im Krankenhaus angeblich an Rindpestleber eingetretet. Der Ehe entkamen drei Kinder, zwei Knaben und ein Mädchen. Munder führte anfänglich mit den drei Kindern einen so genannten frauenlosen Haushalt, andererseits habe er auch Verhältnisse angeknüpft und Verträge abgeschlossen gemacht. Im Oktober 1922 hatte der Angeklagte die einmündig erwählte Michall unter der Aufsicherung der Deirat zunächst als Wirtshausleiterin in seine Wohnung genommen. Letztere wird sehr gut beurteilt. Sie hatte die Munder'sche Wirtschaft bald in Ordnung gebracht, die Kinder machten einen lauberen Eindruck, die Hausbewohner schätzten sie allgemein sehr. Munder sollte sich am 14. März vorigen Jahres vor dem Dresdner Schöffengericht verantworten. Am Tage darauf hatte die Michall ihren Geburtstag, sie rechnete mit der Verlobung. Andererseits mußte Munder ganz genau, daß er in Anbetracht seiner Vorstrafen mit langjähriger Justizhausstrafe rechnen mußte. In der betreffenden Anklagehandlung handelte es sich um schwere Einbrüche. Der Termin konnte nicht stattfinden; Munder hatte sich von der einmündigen Pfliegerin und Wirtshausleiterin Michall allerlei erzählen lassen, wie es in einer Irrenanstalt Mischall macht. Am Tage vor der Verhandlung hatte er in der Stadt den wilden Mann markiert, sich entsetzt und dabei ihre Worte gerode. Vom Gericht war Haftbefehl erlassen und für den 5. Mai 1923 ein anderweiter Termin angesetzt worden. Das Verbot erkannte für die unter Anklage stehenden Straf-taten auf insgesamt zwei Jahre sechs Monate Justizhaus. Diese Justizhausstrafe verbüßte Munder gegenwärtig in Waldheim. Eine Woche vor dem Geburtstag der Wirtshausleiterin und der angeklagten ersten Verhandlung, am 8. März 1923, hatte die Michall die Michall verlobt, sie wollte diese am Morgen des 9. gleichen Monats wieder im Hofe des Vorderhauses ausführen, was jedoch nicht geschehen ist.

Die Michall ist seit dem 8. März 1923 verschwunden. Die Nachforschungen nach ihrem Verbleib sind bis auf den heutigen Tag ergebnislos verlaufen. An jenem Abende wollen im gleichen Hause wohnende Personen gegen 9 Uhr einen lauten Aufschrei der Michall gehört haben, der unweifelhaft aus der Munder'schen Wohnung gekommen ist. In den folgenden Tagen ist dann Munder wiederholt seiner sonstigen Gewohnheit untreu mit schweren Toffen weggegangen und ganz unregelmäßig zurückgekehrt. Die Michall blieb für die Hausbewohner verschwunden. Munder selbst hatte weder eine Anzeige darüber erstattet noch ließ sich in dieser Richtung äußern. Die beiden jüngsten Kinder hatte Munder bereits Ende Februar 1923 zu einer Frau nach Vorstadt Striesen gebracht, der älteste Sohn Hellmut folgte diesen am 9. März. Ein Bruder der verstorbenen Wirtshausleiterin, der in Vilsborscherda wohnhafte Baubeamte Joh. Michall, erhielt dann eines Tages von einer Freundin seiner Schwester die Nachricht von deren plötzlichem Verschwinden. Er stellte Nachforschungen an, erhaltete auch Anzeig, aber die Ermittlungen zogen sich in die Länge, während andererseits im sogenannten Dechthierfeld allerlei Gerüchte umliefen. Infolge von Munder's Verurteilung waren seine Kinder in Vorstadt Striesen weggenommen und dem Verwahrgewahre bzw. der Anstalt Marienhof zugeführt worden. Dort fordernte man Herausgabe der Bettin, dazu gab Munder keine Einwilligung und erzwirkte, daß die Kinder zu ihren Großeltern nach Pausa kamen. Dort soll der älteste, bis zuletzt in Munder's Wohnung verbliebene Sohn Hellmut eines Tages von der Großmutter verwarnt und von letzterer bemerkt worden sein, der Vater hätte ihn schon früher als Dieb bezeichnet. Der zehn Jahre alte Knabe soll seinerseits darauf geantwortet haben, wenn der Vater von ihm so schlecht rede, dann wolle er lagen, was er getan. Der Vater habe Hanna — die Wirtshausleiterin Michall — wegen ihrer Brillanten getötet.

Selten der Kriminalpolizei waren im Verlaufe der erhalteten Anzeig im Keller des Hofes Riefenstraße 3 Nachgrabungen veranlaßt und auch die Aushubgrube geräumt worden, es konnte dabei nichts Belastendes zur Gefe fördert werden. Nach der ganzen Sachlage muß angenommen werden, daß Munder die Michall getötet, deren Verbleib zerstört, einzelne Teile davon vermutlich im Hinterhaus verbrannt oder im Keller weggebracht hat. Er hat bisher eine derartige Tat bestritten, seine Angaben in der Daft waren aber widersprüchlich. In der Munder'schen Wohnung hat man auch Blutspuren entdeckt und gleiche Spuren in dem erwähnten Keller vorgefunden. Hierzu hat Angeklagter behauptet, diese stammen von Gefäßschäden her. Der Roffter wurde zwecks chemischer Untersuchung nach Leipzig zu Professor Dr. Rodel gebracht. Alles läßt darauf schließen, daß hier ein schweres Verbrechen begangen worden ist.

Bei dieser Sachlage war es schwer, gegen Munder ein Verfahren wegen Raubmordes zu eröffnen. Die Reichenteile dürften an irgendeiner Stelle vergraben worden sein. Die Leichenfrauen aus Leipzig, die auch in der Munder'schen Straflage vor einiger Zeit in Anspruch genommen wurden, bezeugten eine Stelle am Gübeler, wo der Angeklagte sich der Spuren seiner verbrecherischen Handlungen entledigt haben soll.

Die Anklage legt Munder Totschlag resp. Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zur Last. Zur Aufklärung des Sachverhalts hatten zwanzig Zeugen aus Dresden, Vilsborscherda, Pausa und Niederbühl sowie fünf Sachverständige Vorladung erhalten.

Die Verhandlung fand unter großem Andrang von Zuschauern statt. Zur Person und Anklage führte Munder aus, sein Vater habe in Wildschütz bei Teis eine Wirtschaft besessen, ob er noch am Leben sei, könne er nicht sagen. Anfänglich hat Munder das Maurerhandwerk betrieben, sich dann als Felsenleger betätigt, nach der Revolution in die elektrotechnische Branche hinübergewechselt. Es sei oft zu Streit mit der Ende Februar 1920 verstorbenen Frau gekommen, die viermal ausgedrückt sei. In sehr breiter Form schilderte Munder die verschiedenen Beziehungen zu einzelnen Frauen oder Mädchen, so daß die Verhandlung nur langsam vorwärts schreiten konnte. Die Michall sei nur seine angeheiratete Wirtshausleiterin gewesen, er hätte ihr infolge mangelhafter Leistungen oft Vorhalte getan, es kam deshalb zu Zwistigkeiten.

(Bei Schluß der Redaktion dauerte die Sitzung fort.)

Witterungsüberblick der Landeswetterwarte vom 2. Juli 8 Uhr morgens

Table with columns: Stationen, Wind, Witterungs-zustand, Witterungs-zeitung, Temperatur, etc. Rows include Dresden, Waldheim, Pausa, etc.

Luftdruckverteilung über Europa.

Über Nord über 760 Millimeter über Alpengebiet, Ost-, Mittel- und Südostdeutschland, weiches Polen, Schwarzmeergebiet, Spanien, südwestliches Frankreich. Depression unter 750 Millimeter nördliches Skandinavien, Finnland, neue Depression unter 745 Millimeter westlich von England.

Wetterlage.

Sachsen befindet sich heute im Bereiche des schwachen mitteleuropäischen Hochdruckgebietes und weist bei abnehmender Luftdruckverteilung tendenziell trübe und geringe Bewölkung auf. Von England her nach eine neue Depression. Unter Einwirkung des hierher Depression voranschreitenden Hochgebietes des Ostindus beginnt das Hochdruckgebiet bereits heute zu zerfallen. Die trübe Witterung wird somit nicht von langer Dauer sein. Bei weiterer Temperaturzunahme infolge der auf der Vorderseite der Depression wachsenden warmen Südströmung wird die Wetterlage allmählich wieder unruhig und günstig für die Ausbildung gewitterartiger Störungen.

Wettervorhersage.

Mittelschwerer bis leicht bewölkt, dann allmählich zunehmende Bewölkung, weitere Erwärmung. Im letzten Viertel voranschreitend zum Abend des morgigen Tages zunehmende Neigung zu Gewittern oder gewitterartigen Störungen. Schwache südliche, spärliche südwestliche Winde.

Wasserstand der Elbe und ihrer Zuflüsse.

Table with columns: Station, Datum, Wasserstand, etc. Rows include Dresden, etc.

Reuter; Länge mit Susanne Dombold und Kreisweib. Anfang 7 Uhr.

* Albert-Theater-Coper. Im „Arztlich“ wird bei der ersten Wiederholung Hedrun Gaefflich die Rolle des Knechtchen singen.

* Neues Theater. Donnerstag (8.) abends 8 Uhr: Erstaufführung des Schwanks „Bartholomäus“, Volksbühne Nr. 1-220.

* Mitteilung des Neudorf-Theaters. Abends 8 Uhr legt Oscar Richter in der Operette „Der Kaiser der Chemnitzer“ sein Schauspiel vor. Ab Mittwoch, den 2. Juli, gelten wesentlich veränderte Sommerpreise. Sonntag, den 3. Juli, nachmittags 8 Uhr: „Mädch“ mit Dora Hagen als Held.

* Tanzabend in der Hofkapelle. Johanna Hennemann und ihre Schule durfte auch in diesem Jahre in der Reihe tänzerischer Veranstaltungen in der Hofkapelle nicht fehlen. Mit sie doch in Dresden die erste gewesen, die lange vor Delcroze und anderen in jahrelanger hiller Arbeit ein System tänzerischer-rhythmischer Gymnastik erdienen und offenbart hat, das allen ihren Schülerinnen zum Segen geworden ist. In freiwilligen Zirkeln mit nur einer Wochenstunde im Winterhalbjahr finden die Übungen statt, und man muß können, wieviel dabei erreicht wird. Johanna Hennemann ist ihren ersten Idealen treu geblieben: Anmut und rhythmisches Gefühl sind ihre Ziele, und sie ist ehrlich genug, nicht eine Auslese, sondern auch solche junge Mädchen mit vorzuführen, die von der Natur nicht besonders bevorzugt sind. Gerade hier setzt sich aber die Wirkung einer Methode, die nicht zuletzt tänzerische, sondern erhebliche Aufregungen erfüllen will, während andererseits Johanna Hennemann so manche ihrer besten berufsmäßigen Tänzerinnen hat aufzählen dürfen. Man hatte am Dienstagabend von neuem Gelegenheit, sich von den Vorzügen dieses Systems zu überzeugen, gleichviel, ob vorbereitende oder tänzerische und rhythmische Übungen oder frohe, leichtbeschwingte Jugendtänze gelehrt wurden. Manches hätte man etwas früher gewünscht. Eine gewisse Breite einstrahlt aber offenbar dem Reiz, den die Lehrerin vor den hübschen Werken musikalischer Einkunft hat, die sie den Übungen während der Schule der Hauptton auf Jugendlust stellen. Ist schon früher erwähnt worden, wobei nicht zu leugnen ist, daß die Einführung stärkerer Spannungen forpersicher und seelischer Art die Mannfaltigkeit der Bilder steinern würde. Mit seinem Rhythmus und Bewegungsverhältnis begleitet Maria Hennemann, und der Beifall, den die zahlreichen Besucher spendeten, war herzlich und wohlverdient.

* Der Dichter der „Brüder von St. Bernhard“. Wie schon kurz gemeldet, ist in der Nacht zum Dienstag in seinem sächsischen Dichterhause in Chemnitz der namentlich in Deutsch-

böhmen als Vorkämpfer und Barde des schwermütigen Deutschtums weitbekannte Dichter, Hofrat Professor Dr. Anton Dorn im Alter von 78 Jahren nach längerem Krankenlager gestorben. Mit ihm hat nicht nur ein selten arbeitreiches und fruchtbares, sondern auch selten bewegtes Leben sein Ende gefunden. Geboren am 22. Juli 1846 in Ebersbach i. B., trat er als Klosterjüngling in das Prämonstratenser-Chorherrenstift Tepl bei Marienbad ein und hatte bereits die niederen Welken empfangen, als er nach Deutschland floh und sich unter den Schutz des hochfinnigen Herzogs Ernst II. von Sachsen-Koburg-Gotha stellte. Anfangs Lehrer in Mühlhausen in Th. und Chemnitz, übernahm er 1877 die Professur für Literatur an der Gewerbeschule Chemnitz und entfaltete bald eine überaus rege schriftstellerische Tätigkeit, deren Ausbeute heute neben zahlreichen Dramen über hundert Bände umfasst. Mit seinem aus eigenem Kloster-Erleben entstandenen Drama „Die Brüder von St. Bernhard“ fand Dorn den Weg auf fast alle Bühnen des In- und Auslandes. Seine von heiliger deutscher Vaterlandsliebe erfüllten Gedichtsammlungen haben besonders in dem bedrohten Deutschböhmen weite Verbreitung gefunden. Die Deutschböhmen haben in ihm ihren begehrtesten Sänger verloren. Seit 1911 lebte Dorn, mit Auszeichnungen und Ehrungen überhäuft, geistig und körperlich reger bis in sein letztes Lebensjahr, im Ruhestand.

* Richard Wagners Abkündigung. Die Frage nach der Abkündigung Richard Wagners ist auch heute noch nicht völlig geklärt. Der Meister selbst hat durch eine gelegentliche Bemerkung Veranlassung gegeben, in Ludwig Geyer, dem vortrefflichen Schauspieler, Lustspielautor und Porträtmaler, der seit dem Jahre 1899 mit Ausnahme der Wintermonate, wo er in Dresden zu tun hatte, im Laufe des Polizeiaktuars Wagner in Leipzig wohnte und etwa ein Jahr nach Richard Wagners Geburt dessen inwischen verwitwete Mutter heiratete, seinen natürlichen Vater zu sehen. Ludwig Geyer's vielseitige Begabung spricht dafür ebenso wie eine gewisse Ähnlichkeit seines Bildes mit Richard Wagner. Wegen dieser Ähnlichkeit hat sich indes besonders Otto Journot in seinem Buche „Ludwig Geyer, der Stiefvater Richard Wagners“ (Leipzig 1913 bei C. F. W. Siegel) gewandt, und zwar auf Grund mehrerer Briefe Ludwig Geyer's an Johanna Wagner (Geyer) aus den Jahren 1813 bis 1821. Leider hat Journot dort nur einen einzigen Brief — es sind deren vier erhalten — mitgeteilt. Das Antiquariat von B. A. Hed in Wien bietet nun diese Briefe mit anderen von Geyer, die dem Nachlass von Dr. Ferdinand Avenarius u. a. Dresden entstammen, zum Kaufe aus. Es wird dabei u. a. bemerkt: „Die drei ersten Briefe an Frau Wagner... enthalten feinsinnige Plaudereien, auch Trost für die Leipziger Freundin nach dem Tode einer ihrer Töchter. Die Anschriften sind „Freundin“ und „Geliebte Freundin“, die Anrede ist durchweg „Sie“, der Ton verehrungsvoll und etwas förmlich; somit bilden diese wichtigen Briefe den Beweis, daß Geyer nicht zu Frau Wagner in intimen Beziehungen stand, mithin auch nicht Richard Wagners natürlicher Vater war...“ Gleichseitig mit diesen Briefen bietet das Antiquariat 55 Briefe Richard Wagners an seinen Schwager Ed. Avenarius und seine (Stief-)Schwester Gästle, die Gattin Avenarius', an.

* Ein Meistertitel über das „Schöne“ Bild. Die Genossenschaft der bildenden Künste in Wien veranstaltet eine Ausstellung, deren heiliges Bild mit einem „Volkspreis“ ausgezeichnet werden soll. Jeder Besucher erhält an der Kasse aufammen mit der Eintrittskarte einen Stimmzettel, in den er die Katalognummer desjenigen Wertes eintragen kann, das er des Volkspreises für würdig erachtet. Das Bild, das die meisten Stimmen erhält, gewinnt den Preis, für den eine städtische Summe zur Verfügung steht.

Freundin nach dem Tode einer ihrer Töchter. Die Anschriften sind „Freundin“ und „Geliebte Freundin“, die Anrede ist durchweg „Sie“, der Ton verehrungsvoll und etwas förmlich; somit bilden diese wichtigen Briefe den Beweis, daß Geyer nicht zu Frau Wagner in intimen Beziehungen stand, mithin auch nicht Richard Wagners natürlicher Vater war... Gleichseitig mit diesen Briefen bietet das Antiquariat 55 Briefe Richard Wagners an seinen Schwager Ed. Avenarius und seine (Stief-)Schwester Gästle, die Gattin Avenarius', an.

* Ein Meistertitel über das „Schöne“ Bild. Die Genossenschaft der bildenden Künste in Wien veranstaltet eine Ausstellung, deren heiliges Bild mit einem „Volkspreis“ ausgezeichnet werden soll. Jeder Besucher erhält an der Kasse aufammen mit der Eintrittskarte einen Stimmzettel, in den er die Katalognummer desjenigen Wertes eintragen kann, das er des Volkspreises für würdig erachtet. Das Bild, das die meisten Stimmen erhält, gewinnt den Preis, für den eine städtische Summe zur Verfügung steht.

* Der Nachlass des Dichters Villencron. Der Hamburger Senat hat bei der Bürgerkammer beantragt, den literarischen Nachlass des Dichters Detlev v. Villencron für 13000 Goldmark zu erwerben und der Witwe des Dichters, Frau v. Villencron in Altrahstedt, eine lebenslängliche Rente von jährlich 2000 Goldmark zu bewilligen.

* Kleine Musiknachrichten. Franz Schöber vollendete seine neueste Operette „Paganini“, deren deutsche Uraufführung in der ersten Hälfte der kommenden Spielzeit voraussichtlich in Wien und Berlin gleichzeitig stattfinden wird. Auch Italien hat den „Paganini“ bereits erworben.

* Neue Wege in der russischen Musik. Der Komponist Pj. Kavaloff hat eben ein heroisches Musikstück „Der Tod und der Sonnenaufgang“ nach dem Text von W. D. Kufin beendet. Zum Vorwurf nahm er den alten sächsischen Waidw von Aufgang der Sonne. In diesem Musikstück verliert der Komponist eine enge Verbindung des heroischen Dramas mit dem Oratorium zu geben bei einem ungeheuren Aufwand von Darstellern, A. B. einem stark verstärkten Chor, doppelt besetzten Orchester, römischen Tänzen und einem „plastischen Chor“.

* Die Warschauer Universitäts-Bibliothek verbrannt. Die Warschauer Universitäts-Bibliothek ist kürzlich in Nowom am Don verbrannt. Sie war im Kriege dorthin gebracht worden und jetzt in der neuen Universitätsaufstellung, besaß Gebäude fast alle dem Brande zum Opfer fielen. Sie besaß viele polnische Werke von wissenschaftlichem Werte. Ein anderer Teil der Bibliothek ist beim Abrücken der Russen in Warschau geblieben.

